

# JEDEN TAG FRAUENTAG!

Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen im Beruf, in der Politik, in der Bildung, in den Medien eine gleichberechtigte Teilhabe sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt. Benachteiligungen, wie der anhaltende Lohnunterschied von mehr als 20 Prozent, der geringe Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen, und Sexismus müssen überwunden werden.

Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene Reproduktion einschließlich der Rezeptfreiheit der „Pille danach“ ist zu garantieren. DIE LINKE steht für emanzipatorische Familienpolitik. Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, egal, in welcher Gemeinschaftsform sie leben.

Familienpolitik muss allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst ermöglichen. Dafür müssen öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherheit wirksam ausgebaut

werden. Gleichstellung allein reicht uns nicht. Geschlechtergerechte Politik ist Gesellschaftspolitik und betrifft die Gleichstellung von Frauen, Männern, Transgendern und Intersexuellen, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird. Deshalb setzen wir uns für eine offene und gleichberechtigte Gesellschaft ein.

DIE LINKE fordert daher:

- einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro
- gleiche Entlohnung für gleiche und gleichwertige Arbeit
- eine 50 Prozent-Quote für den Öffentlichen Dienst
- ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft
- bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Pflege)
- Elterngeld für alle Eltern ohne Anrechnung auf Transferleistungen wie Hartz IV

- verbindliche Maßnahmen für Migrantinnen und Frauen und Mädchen mit Behinderung, um Mehrfachdiskriminierung aufzuheben
- die rezeptfreie „Pille danach“
- Streichung der §§ 218, 219 StGB
- der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause muss durch kostenfreie Weiterbildungsangebote erleichtert werden, vor allem für Alleinerziehende muss es mehr Unterstützung geben
- einen flexiblen Elterngeldanspruch von 12 Monaten pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende)
- Schutz- und Hilfseinrichtungen sollen einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich finanziert sowie barrierefrei werden
- wirksamen Schutz vor Gewalt gegen Frauen

aus dem	LINKE wählt neuen Vorstand.....	S. 2
Inhalt:	Diesen Film muss man sehen!.....	S. 3
	Die Kriegskinderstiftung.....	S. 5
	Das Müll-Sparschwein.....	S. 6

**DIE LINKE.**

## LINKE WÄHLT NEUEN VORSTAND

Kriesmitgliederversammlung in Oelsnitz/Vogtl.

Am 14. Februar wählte der Kreisverband der vogtländischen LINKEN einen neuen Vorstand. Rund 65 Mitglieder waren der Einladung zur Kreismitgliederversammlung am Valentinstag gefolgt. Ziel der in Oelsnitz stattfindenden Versammlung war die turnusmäßige Neuwahl des Kreisvorstandes und der Kreisfinanzrevisionskommission. Vierzehn Vorstandsmitglieder sollen in den nächsten zwei Jahren die Partei leiten.

Vor der Wahl wurden noch in einer breiten Diskussion für die geleistete Arbeit und Erfolge der letzten zwei Jahre gedankt, aber auch klar gezeigt, wo noch Verbesserungen nötig sind. Natürlich wurde auch über die anstehenden Landrats- und Bürgermeisterwahlen und über die Herausforderungen des neuen Jahres gesprochen.

Mit einer breiten Mehrheit wählten die Mitglieder die Landtagsabgeordnete Janina Pfau erneut zu ihrer Kreisvorsitzenden. „Ich danke allen Genossinnen und Genossen für das entgegengebrachte Vertrauen und freue mich auf die zukünftige Zusammenarbeit. Der neue Vorstand besteht aus Mitgliedern mit viel Erfahrungen, aber auch aus neuen und jungen Mitgliedern. Diese Mischung kann nur von Vorteil für jeden Kreisvorstand sein“, so Pfau.

Ihr zur Seite als Stellvertreter stehen die Plaunerin Petra Rank und der Falkensteiner Rolf Steiniger. Als Kreisschatzmeisterin setzt Sigrid Mann ihre Arbeit fort und das Amt der Geschäftsführers übernimmt Jan Windisch.

Der geschlechterquotierte Kreisvorstand wird ergänzt um die Mitglieder: Agnes Descher, André Hegel, Ilka Reißner, Lars Legath, Käty Mothes, Maik Schwarz, Karin Höfer, Lothar Huberty und Paul Gruber.

## PLAUENER HAUSHALTS-ENTWURF 2015/16

Stellungnahme der Linksfraktion im Plauener Stadtrat

Zur Fraktionssitzung, am 18. Februar wurden die Änderungsvorschläge der Stadtratsfraktionen und der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2015/16 beraten. Der jetzt vorgelegte Beschlussvorschlag der Verwaltung kann von uns so nicht mitgetragen werden. Dem Verkauf von Wald in der vorgesehenen Größenordnung können wir so nicht zustimmen. Der Verlust von Grundstücken der Stadt wäre größer als die Entlastung des Haushaltes für die nächsten zwei Jahre. Hier sollte an die zukünftige Generation gedacht werden. Vielmehr sehen wir Einsparpotentiale in den geplanten Baumaßnahmen, in der Änderung der Verwaltungsstruktur mit dem Wegfall der Stelle des 1. Bürgermeisters sowie die Mitfinanzierung des Theaters durch den Vogtlandkreis und der sächsischen Staatsregierung.

*Petra Rank - Plauen*

## ZUR UNRECHTSSTAAT-DISKUSSION IN FALKENSTEIN

„Wir sollten in Thüringen mehr die Hoffnung sehen als das Wort „Unrechtsstaat“

Am Montag, dem 26.01.2015, veranstaltete DIE LINKE im Vogtland die von vielen Mitgliedern geforderte interne Diskussion zum Thema „Unrechtsstaat“. Die Diskussion war im Zusammenhang mit der Präambel des Koalitionsvertrags in Thüringen aufgeflammt.

Der Koalitionsvertrag besagt, „[dass für] eine Aufarbeitung in die Gesellschaft hinein ist es von Bedeutung festzuhalten: die DDR war eine Diktatur, kein Rechtsstaat. Weil durch unfreie Wahlen bereits die strukturelle demokratische Legitimation staatlichen Handelns fehlte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit in der DDR ein Ende haben konnte, wenn einer der kleinen oder großen Mächtigen es so wollte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, war die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaat.“

Stefan Hartmann, sächsisches Mitglied in Parteivorstand der LINKEN, erklärte hierzu: „Man hat das Wort Unrechtsstaat benutzt und nicht den Begriff.“ Gleichzeitig betonte er, dass zwei Zeilen unter der oben beschriebenen Feststellung festgehalten ist, dass der Begriff Unrechtsstaat „nicht gleichbedeutend mit der Herabwürdigung von Biografien“ ist.

Allerdings hat das Leben in der DDR nicht im luftleeren Raum stattgefunden, und man müsse von der engen Sichtweise wegkommen, dass „Täter - immer gleichbedeutend mit einer Zusammenarbeit im Ministerium für Staatssicherheit - und dort Opfer, die nur Opfer sind, wenn sie z.B. inhaftiert waren“ wegkommen.

Nach den Ausführungen von Stefan Hartmann entwickelte sich eine muntere Diskussion, in der es kaum Reibungspunkte gab. Dies überraschte

einige der Anwesenden, denn es waren sowohl Menschen im Raum, die von der DDR nicht mehr „erlebt haben, als das, was in ihre Windel gepasst hat“, als auch diejenigen, welche die DDR fast komplett erlebt hatten.

Am Ende des Abends brachte es Christian Jakob aus Lengenfeld auf den Punkt: „Wir sollten in Thüringen mehr die Hoffnung sehen als das Wort ‚Unrechtsstaat‘.“ Hat man doch jetzt die Chance, das Leben in der DDR so zu betrachten, dass man auch die Menschen berücksichtigt, die sich nicht als „Opfer“ oder „Täter“ fühlen, sondern einfach nur der DDR gelebt haben.

*Lars Legath - Plauen*

## DIESEN FILM MÜSSEN VIELE MENSCHEN SEHEN!

### Europa-Premiere auch in Treuen!

Wie in über 200 Kinos bzw. Veranstaltungsorten in Europa wurde am Donnerstag, 12.02. der Dokumentarfilm „Wer rettet wen?- Die Krise als Geschäftsmodell auf Kosten von Demokratie und sozialer Sicherheit“ auch in Treuen aufgeführt. Vorausgegangen waren umfangreiche Aktivitäten für einen entsprechenden Raum, den Filmvorführer mit seiner Technik und letztendlich die Stadt als Veranstalter zu gewinnen. Dann war der Film zu bewerben – also Plakate, Flyer und Presse.

Mit den ca. 50 Teilnehmern können wir durchaus zufrieden sein, auch wenn wir auf mehr gehofft hatten. Nach dem Abspann herrschte unter allen Besuchern zunächst betretenes Schweigen, so erdrückend waren die Dokumentationen über die Machenschaften des Kapitals und der Politik!

Gut war es, dass wir den Besuchern anschließend die Möglichkeit gewährten, Meinungen auszutauschen. Das moderierte unsere Genossin Sandra Steiner sehr gut. Deutlich wurde: Der Film entlarvt die bewusste Meinungs-mache durch die bürgerlichen Medien. Nicht „Die Griechen, die Spanier“ ... leben über ihre Verhältnisse, sondern Profite der Banken wurden ge-

rettet. Aufklärung ist Menschenwürde! Lasst uns gemeinsam dafür sorgen. Sprecht über diesen Film! Organisiert selbst öffentliche, nichtkommerzielle (Eintritt frei!) Vorführungen mit anschließender Diskussion.

Unter [info@wer-rettet-wen.org](mailto:info@wer-rettet-wen.org) oder Telefon 0176-34854689 können DVD oder Bluray-Disc bestellt werden. Schneller und kostengünstiger geht es, wenn man sich als Mitfinanzierer/Unterstützer meldet und spendet! Wenn Linksjugend Vogtland, Attac und andere Verbände alsbald in Plauen eine erste Veranstaltung organisieren, bin ich gern bereit, dort meine Film-

kopie zeigen zu lassen. Es sollte aber nicht bei nur einer Vorstellung in Plauen bleiben und auch in anderen Städten des Vogtlandes sollten sich Möglichkeiten der öffentlichen Aufführung finden lassen. Wir haben als LINKE die Pflicht der Aufklärung! Jeder kann sich im Internet unter [www.whos-saving.whom.org](http://www.whos-saving.whom.org) umfassend informieren und wird unter dem Punkt Finanzplan finden, dass Spenden für fundierte, sachliche Wahrheitsfindung immer angebracht sind.

*Peter Jattke -Treuen*



© Peter Jattke

## NAZIS LAUFEN DURCH ASYLBEWERBERHEIM

Der Besuch von Kameraden der rechts-extremistischen Szene im Asylbewerberheim in Plauen hat uns sehr schockiert. Besonders die Umstände, die es Personen mit menschenverachtender Ideologie, ermöglicht haben, das Heim zu besuchen. Fehler wie diese dürfen nicht noch einmal passieren.

Auch wenn NPD-Kommunalpolitiker immer versuchen als seriöse Politiker aufzutreten und oft bestreiten, dass sie mit den Kameradschaften oder anderen Teilen der rechtsextremistischen Szene zu tun haben wollen, entpuppte sich mit dem NPD-Stadtrat Thomas Lauter, wieder ein NPDler als Wolf im Schafspelz.

Er brachte zum Besuch des Bildungs- und Sozialausschuss des Plauener Stadtrates im Asylbewerberheim gleich vier seiner rechtsextremistischen Freunde mit. Diese waren, auch ohne Fachwissen, als Rechtsextremisten zu erkennen. Es stellt sich hier die Frage, warum hat weder der Bürgermeister, noch das Landratsamt reagiert und die besagten Rechtsextremisten vom Gelände verwiesen? Warum durften diese noch Fotos von Wohnungen machen? Den Menschen, die in diesen Wohnungen leben, steht genauso eine Privatsphäre zu. Wie würden sich Landrat und Oberbürgermeister fühlen, wenn Rechtsextremisten von deren Wohnungen Fotos machen würden? Es handelt sich hier um ein klares Versagen aller Verantwortlichen.

Die Menschen im Asylbewerberheim, aber auch alle dezentral untergebrachten Flüchtlinge brauchen unsere Unterstützung und keine Beschimpfungen. Wenn solche rechtsextremistischen Personen Asylbewerberheime besuchen, hat das nichts mit „informieren“ zu tun, sondern dient nur dem Schüren von Hass und Vorurteilen. Diese glauben an eine Ideologie, welche den grausamsten Krieg über die Menschheit gebracht hat. Nach diesem Krieg waren auch viele unserer Verwandten oder Vorfahren Flüchtlinge...

*Janina Pfau- MdL*

## NEIES VON DR META

Ne Doonerstooch Noochmittooch um Drei hamm siech de Neideiteln un de Falknstaaner Meta widder e moll in Plauen im Café Trömmel zen gemietlichn Kaffetrinkn getroffn un geraatscht „Woas gibbtsn neies in Plau?“ froocht de Meta.

„Als unner alter Bauberscharmster, dar Eberwein, in Rente gange is hamm siech de Autofahrer in Plau gefraat, dess itze endlich de Poller rund um ne Marktplatz wegkumme,“ soocht de Neideiteln

„Wie haasts doch su schee, neie Beesn keehrn gut, aber es hott gar net lang gedauert, do hammer weiß krischt, dess dar alte Trott su weitergett. Denn unner neir Bauberscharmster, e feschter Ungar, macht mit denn selbn Mist weiter, mit denn dr Eberwein auf-geheehrt hott. Schaa widder hamm se

neie Poller in de Stroßberscher Strooß gebaut, dess de Autos kaum noch durchkomme ohne dess se siech Lackkratzer eifange, die se fier teires Geld widder wegmachn lessn“.

„Vielleicht soll des fier die klaan Autolackierfirmen e Weertschaftsferderung sei, dess se widder mehr Auftreech krieng“, soocht de Meta, „anners kaa iech mier setten Bleed-sinn net erklärn. Auf sette Forzideen sei se bei uns in Falknstaazem Glick noch net komme“.

*Dieter Riedler - Leubnitz*



## RÜCKSICHT NEHMEN AUF TOURISMUS UND NAHERHOLUNG!

**Aufschrei gegen Kahlschlag im Triebtal ist weiterhin nötig!**

Die Zeitung Neues Deutschland schrieb am 02. Januar 2015 (s. 14) u.a.: „Im Oktober 2007 beschloss die Bundesregierung eine nationale „Strategie zur biologischen Vielfalt“. Sie sieht u.a. vor, dass bis zum Jahr 2020 fünf Prozent der Waldfläche in der Bundesrepublik still gelegt werden. In Deutschland sind 11,1 Millionen Hektar, immerhin ein Drittel der Landesfläche, bewaldet...“ Somit müssten ca. 715.000 Hektar Wald, sich selbst überlassen werden. Ich finde das vernünftig – es ist halt nicht alles schlecht, was von „oben“ kommt. Nur – laut ND waren mit Stand 2013 erst 1,9% erreicht. Nur wenige Privatbesitzer von Waldflächen wollen auf ihre Erträge verzichten – also müssten Bund, Länder und Kommunen, denen nur ca. 5,8 Millionen Hektar gehören, damit ca. 10% ihres Bestandes aus einer Bewirtschaftung nehmen! Nun sind also die staatlichen Forstämter gefragt.

Dass diese sich fragen, wo fällt uns die Bewirtschaftung am schwersten, wo kommt sie uns am teuersten? – das verstehe ich durchaus.

Rechtfertigt das aber das Vorgehen der sächsischen Forstbehörden im Falle des Fichtenbestandes im Natur-

schutzgebiet Triebtal, also zwischen Sperrmauer und Elstertal-Brücke? Nein!

Das sahen viele Leserbriefschreiber, mit uns beiden die über 1000 Menschen, die am 02.01.15 den „Winter-spaziergang“ durch das winterliche Triebtal unternahmen und die über 200 Teilnehmer eines „Gesprächs“ am 09.01. vor Ort ebenso kritisch und ablehnend.

Warum will der Staatsforst beim beabsichtigten Kahlschlag bleiben – auch wenn er vielleicht den einen oder anderen Baum noch verschonen will? Es geht ihm um den Holztertrag! Ja, Holz ist wieder gefragt und deshalb teuer! Verständnis für die wirtschaftliche Seite des Forstes ist bei uns durchaus vorhanden – deshalb aber eine Urlaubs- und Touristenattraktion dauerhaft schädigen – nein das darf nicht sein! Die Meinung des Forstes: „dass „der Wald anschließend ziemlich gerupft aussehen“ wird, „doch dieser Anblick wird nicht von Dauer sein, der Wald wird sich bald erholen“ klingt wie ein Hohn. Denn in diesen „wildern“ Jahren wird die Touristenregion dauerhaften Schaden nehmen. Gefahrenabwehrung – ja, Ersatzanpflanzungen von Laubbäumen um behutsam zu ei-

nem gesunden Mischwald zu gelangen ja, aber nicht die Zerstörung dieses Naturschutzgebietes. Es gibt einschlägige Studien, die belegen die Gefahren eines großflächigen Kahlschlages. Durch Verbiss und das Aussterben/Abwandern anderer Tier- und Pflanzenarten besteht die Gefahr einer neuen, aber anderen Monokultur. Ein Staatsbetrieb sollte Rücksicht auf Menschen, übrige Wirtschaft und die Natur nehmen. Dafür andere Waldflächen aus der Nutzung zu nehmen, schlage ich aber nicht vor! Aus dem o.g. ganzseitigen Beitrag im ND vom 02.01.15 „Wo sich der Borkenkäfer austoben darf- Im Nationalpark Harz liegt inzwischen Europas größtes Waldwildnis-Gebiet“ entnahm ich nicht, dass vor der „Stilllegung“ eine „Totalernte“ erfolgte. Erinnerung noch jemand an eine „Abwrackprämie“? Warum sollte der Staat nicht auch dem eigenen Staatsbetrieb für „entgangene“ Erträge Unterstützung zukommen lassen? Eine Abwägung aller Vor- und Nachteile aus der Sicht der gesamten Gesellschaft gehört wohl zur Vernunft eines nachhaltigen Wirtschaftens.

*Peter und Renate Jattke - Treuen*

## NEU IM VOGTLAND: DIE KRIEGSKINDERSTIFTUNG

Wissen statt Waffen



© Kriegskinderstiftung

„Das idyllische Vogtland als Schmiede für politische und soziale Veränderung? Das wär' doch mal was!“ Ehrlich gesagt haben wir so nicht gedacht, als wir unsere „Kriegskinderstiftung – Wissen statt Waffen“ vergangenes Jahr mit ins Vogtland nahmen.

Aber erstmal zurück zum Anfang: 2010 beschlossen wir, uns endlich in einem größeren Rahmen gegen Gewalt und Krieg einzusetzen: Die „Kriegskinderstiftung“ war geboren! Doch wie und wo kann man mit beschränkten Mitteln etwas bewirken? Und wo ist Hilfe am Nötigsten? Durch mehrere Zufälle wendeten wir uns schließlich Norduganda und dem Thema „ehemalige Kindersoldaten“ zu. Und dann ging es Schlag auf Schlag: erst ein Treffen mit einer nordugandischen Friedensaktivistin, dann 3-wöchige Ugandareise, schließlich offizielle Stiftungsgründung.

Seither unterstützen wir die nordugandische Peace & Development Founda-

tion Africa (PDF-A) und betreiben auf nationaler und internationaler Ebene einen regen Austausch. Unsere ersten Erfolge können sich sehen lassen: Konnte PDF-A im Jahr 2011 mit unserer Unterstützung gerade 50 Jugendlichen direkt helfen, so werden es dieses Jahr schon 300 sein, die einen Beruf erlernen oder den Schulabschluss nachholen. Außerdem haben die ehemaligen Schüler und Schülerinnen soeben ihr eigenes Schulgebäude fertig gestellt – das erste eines ganzen Komplexes, des geplanten Friedenszentrums in Anaka, Norduganda.

Wir unterstützen finanziell, planen, beraten, tauschen aus, aber gerne möchten wir mehr tun! Unsere Vision ist es, dass Mensch und Natur bei allen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen oberste Priorität haben und nicht mehr länger die Profiterzielung an erster Stelle steht. Nur das verhindert Kriege! Wir haben die Kriegskinderstiftung als eine Plattform für alle

gegründet, die einen Beitrag zu einer gewaltfreien Welt leisten möchten. Wir möchten gemeinsam mit anderen nach Lösungen suchen, die die Ursachen beheben und nicht nur Symptome und Folgen lindern. So entstand auch der Kontakt zur politischen LINKEN. Herzlich laden wir Euch ein, Euch zu beteiligen. Das Vogtland als Schmiede politischer und sozialer Veränderung? Das wär' doch mal was!

*Sandra Steiner und  
Andreas Rosenkranz, Herlasgrün*

*Kontakt: [info@kriegskinder.org](mailto:info@kriegskinder.org),  
[www.kriegskinder.org](http://www.kriegskinder.org) oder  
037439/129288*



### Wir brauchen eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:  
18. März 2015

Sendet uns eure Beiträge an:  
**[redaktion@dielinke-vogtland.de](mailto:redaktion@dielinke-vogtland.de)**



## DER VOGTLANDKREIS SCHLACHTET MÜLL-SPARSCHWEIN

### ohne Rechtsgrundlage

Das Landratsamt und der kreiseigene Entsorger bedienen sich seit Jahren ohne Berechtigung und ungestraft aus der von den Gebührenzahlern geschaffenen und gesetzlich vorgeschriebenen Deponiesanierungsrücklage. Allein in die Abfallanlage Oelsnitz, in der Restmüll zu Ersatzbrennstoff umgewandelt wird, wurden großzügig 21 Millionen Euro als Darlehen gepumpt.

Eine schon während der Planungsphase zwingend erforderlich gewesene Wirtschaftlichkeitsprüfung durch ein unabhängiges Institut hätte sicher schon vor dem Bau ergeben, dass diese Anlage defizitär laufen wird. Ich kam mir während der diesbezüglichen Kreistagssitzungen vor wie eine einsame Ruferin in der Wüste, als ich auf die Gefahren der Überdimensionierung und das finanzielle Risiko für den Vogtlandkreis hinwies.

Aber wochenlang haben die Herren Lars Beck und Fredo Georgi meine Warnungen ignoriert und im Kreistag mit salbungsvollen Worten, sie hätte mit dieser Müllaufbereitungsanlage das Ei des Kolumbus erfunden und eine ewig sprudelnde Geldquelle für den Vogtlandkreis erschlossen, das riskante Projekt schmackhaft gemacht. Die Kreisräte stimmten schließlich der Errichtung der Oelsnitzer Anlage zu. Das jetzige Millionenloch des Betreibers, der kreiseigenen Betreiberfirma Deponie Schneidenbach GmbH (DSG) beweist das Gegenteil.

Um für das Vogtland das Abfallfiasko doch noch abzuwenden, vermittelte ich 2013 chinesische Investoren, die großes Interesse am Kauf der kompletten Anlage hatten. Diesen Kaufwunsch bekräftigten sie auch Herr



Beck und Herrn Schink bei unserer gemeinsamen Besichtigung der Abfallaufbereitungsanlage. Das jetzige Dilemma wäre also noch zu vermeiden gewesen. Die mir vorliegende Unterlagen beweisen die intensiven Kaufbemühungen aus dem Reich der Mitte.

Doch die zuständigen Verantwortlichen des Landratsamtes zeigten kein Interesse am Verkauf der für den Vogtlandkreis defizitären Anlage und reagierten nicht auf die Bemühungen der chinesischen Partner. Damit verspielten sie leichtfertig die Chance der späten Korrektur der Müllanlagen-Fehlinvestition. So eine Gelegenheit kommt nie wieder.

Da seit Jahren die Tätigkeiten von KEV und der DSG als „Geheimsache“ abgehandelt werden, wissen weder die Kreisräte noch die Öffentlichkeit, ob

und welche Summen aus der Deponiesanierungsrücklage noch für andere Objekte, wie z.B. die Vogtlandarena, entnommen wurden.

Nun sitzt der Landrat auf einem Berg von Schulden. Die Rechtsaufsicht verlangt, dass die rechtswidrig der Rücklage für Deponiesanierungen entnommen Gelder wieder zurückgeführt werden müssen. Wir Bürger verlangen, endlich die wirkliche wirtschaftliche Situation und die aktuelle Finanzlage im Abfallbereich zu erfahren. Das Konzept des Weges hin zu einer vogtländischen Abfallkreislaufwirtschaft, in der kleine Unternehmen der Branche mit den kommunalen Betrieben kooperieren, muss endlich erarbeitet und öffentlich diskutiert werden.

*Andrea Roth - Tannenbergesthal*

## KOSOVO SICHERES HERKUNFTSLAND?

Wieder einmal haben die täglichen Nachrichten Wut und Unverständnis in mir hervorgerufen. Als Antwort auf den vermehrten Zustrom von Flüchtlingen aus dem Kosovo hat die Union doch tatsächlich nur eine Lösung. Man müsse den Kosovo nur als sicheres Herkunftsland einstufen um die Geflüchteten rasch zurückzuschicken.

Zwei Fragen stellen sich mir dabei. Warum denkt die Union nicht darüber nach, wie man den Menschen vor Ort helfen kann? Damit könnte man auch den Zustrom an Flüchtlingen reduzieren. Wer in der Heimat sicher ist und es dort einigermaßen lebenswert hat, der geht nicht in ein fremdes Land, ohne eine Perspektive. Aber an Ursachenbekämpfung denkt in der Union niemand.

Und noch eine Frage drängt sich mir auf. Wie sicher ist ein Herkunftsland, in dem deutsche Soldaten stationiert sein müssen, um für Sicherheit zu sorgen?! Müssten nicht dieselben Politiker sofort den Abzug deutscher Soldaten mitfordern?!

*Maik Schwarz - Jöbnitz*

© Antje Schröter / pixelio.de



## BEMERKUNGEN ZUM ARTIKEL

"Wird im Vogtland die Müllentsorgung zum Luxus" aus der Februarausgabe des Vogtlandboten

Dass die seit Januar 2014 geltenden Müllgebühren nicht kostendeckend sind - weder für den Altkreis Vogtland noch für Plauen - ist seit Dezember 2013 bekannt. Es trifft auch nicht zu, dass eine offene Kommunikation zwischen der KEV und den eigentlichen Entscheidungsträgern, den gewählten Kreisräten des Vogtlandkreises, bisher nicht stattfand und dass die gewählten Volksvertreter keine Möglichkeit hatten, in die Entscheidungsfindung einzugreifen. Es gab sowohl in Sitzungen des Müllausschusses als auch im Kreistag, sogar in einer zusätzlichen gemeinsamen Sitzung des Kreistages mit dem Stadtrat Plauen, ausführliche Diskussionen und eine Beschlussfassung zur Müllgebührensatzung (siehe dazu auch meine Artikel in den Ausgaben Dez./2013 und Januar/2014 des Vogtlandboten).

Das Problem war Folgendes: Jahrelang hatte Plauen, das auch nach der Kreisgebietsreform auf eigenen Wunsch sein eigenes Müllgebührengbiet behielt, niedrigere Müllgebühren als das übrige Vogtland, was wir für normal hielten, da in einer Stadt im Gegensatz zu ländlichen Gebieten die Entsorgungskosten durch die wesentlich niedrigeren Mülltransportkosten natürlicherweise niedriger sind. Dann 2012 im Müllausschuss, zu dem nach der Kreisgebietsreform natürlich auch Mitglieder und beratende Einwohner von Plauen gehörten, die große Überraschung: Die Plauener Müllentsorgung schreibt rote Zahlen! Trotzdem erhöhte Plauen seine Müllgebühren nicht, so dass der Schuldenberg bis Dezember 2013 auf zwei Millionen anstieg. Ab Januar 2014 sollten Plauen und der Altkreis Vogtland, den Rechtsvorschriften entsprechend, nun doch ein einheitliches Gebührengbiet werden. Die KEV war bereit, in einem einheitlichen Vogtlandmüllentsorgungsbereich die Schulden Plaueus zu übernehmen. Dann gab es jedoch einen Stadtratsbeschluss von Plauen, der zwar forderte, dass der Altkreis die zwei Millionen Schulden übernimmt. Plauen beanspruchte aber, auch weiterhin ein separates Müllentsorgungs-

gebiet zu bleiben. Da der Altkreis unter diesen Bedingungen die Schulden natürlich nicht übernehmen konnte, hätte eine empfindliche Gebührenerhöhung für die Plauener Bürger folgen müssen, während die Müllgebühren für den Altkreis gleich geblieben wären. Um die Gebührenerhöhung für die Plauener Bürger zu mildern, entschied die Landkreisverwaltung, von den 30 Millionen Rücklagen für die Deponiesanierung 10 Millionen für die Stützung der Müllgebühren zu entnehmen. Dieser Betrag würde angeblich auf Grund kostengünstigerer Deponiesanierungsverfahren künftig für seinen eigentlichen Zweck nicht mehr benötigt. Da es rechtlich unzulässig gewesen wäre, mit diesen 10 Millionen lediglich die Müllgebühren von Plauen zu subventionieren, ergab sich für die Bewohner des Altkreises eine Müllgebührensenkung und für die Plauener Bürger lediglich eine moderate Gebührenerhöhung.

Dieses Verfahren wurde im Müllausschuss und im Kreistag - beiden Gremien gehörten Plauener Bürger an - kontrovers und heftig diskutiert: Ist es sicher, dass für spätere Sanierungen und Renaturierungen unserer Deponien die 10 Millionen tatsächlich nicht benötigt werden? Ist es zulässig, diese Gelder artfremd einzusetzen? Macht es Sinn, die Müllgebühren für den Altkreis zu senken, wo doch klar ist, dass sie ab 2019 wieder steigen? Die meisten Bürger werden dann die Gebührensenkung vergessen haben, über die Gebührenerhöhung aber empört sein!

Trotzdem erhielt der Vorschlag der Verwaltung eine Mehrheit im Kreistag, vor allem aus Rücksicht auf die Plauener Einwohner.

Wie berechtigt die Kritik an der Subventionierung der Müllgebühren war, zeigt der Artikel "Müllfirma DSG in Nöten" in der FP vom 16.2.2015.

Dr. Dorothea Wolff - Auerbach

## GLEICHBERECHTIGUNG DER FRAU?

Jedes Jahr beschäftigt uns zum 8. März dieses Thema. In Deutschland haben wir es noch gut. Da gibt es die Frauenquote in der Geschäftsführung. Wir haben Zugang zu vielen Berufszweigen, außer zu denen, wo die Umkleidekabinen für Frauen fehlen und wir dürfen wählen. Dies sieht aber leider nicht überall auf der Welt so aus. In manchen Ländern ist es legal, Frauen zu missbrauchen, weil sie es ja so wollten. Beschneidung der Mädchen mit 13 Jahren in Afrika gehört zum Ritual. Schlagen, Wahlverbot und Vermummung des Gesichts bei Frauen gehört zur Normalität in einigen Ländern. Dies alles im 21. Jahrhundert. Ja, wir brauchen den Frauentag um dies alles zu überdenken und zu verändern. Frauen und Männer sollten sich ergänzen, nicht nieder machen. Die Klischees müssen aus den Köpfen. Frauen sind nicht allgemein schlecht in Mathe oder im Einparken, Männer sind nicht alle unsensibel. Schaut über den Tellerrand und verbreitet die Botschaft nicht nur zum Frauentag.

Sissy Englert - Plauen

## STOLPERSTEINE

In der letzten Zeit gab es seitens der Bürger der Stadt Plauen wiederholt die Anfrage, ob weitere Installationen von Stolpersteinen vorgesehen seien. Dazu teilt die Fraktion DIE LINKE. mit: Bürger, die sich an der Finanzierung eines neuen Stolpersteins beteiligen wollen, wenden sich bitte schriftlich oder telefonisch an die Fraktion.

Wenn die Summe von mindestens 3 Steinen zusammen gekommen ist, wird ein Termin zur Installation mit dem Künstler vereinbart. Vorschläge zum Text auf dem Gedenkstein sind willkommen, müssen aber selbstverständlich geprüft werden.



## NEUE RICHTWERTE FÜR DIE KOSTEN DER UNTERKUNFT IM VOGTLANDKREIS

Was ist neu ermittelt worden? Welche Rechtsverstöße enthält die Ermittlung und wie können sich Betroffene wehren? Was bedeutet Bestandsschutz für Empfänger, die bereits zum 31.12.2014 im Leistungsbezug standen?

**Wir laden Sie für den 9. März 2015 von 18.00 Uhr bis 19.30 Uhr in den Klubraum der Auerbacher AWG Eisenbahnstr. 32 (Wohnblock hinter der Geschäftsstelle der AWG im Auerbacher Neubaugebiet) zum Bürgerforum ein.**

Es informiert Dr. Dorothea Wolff, ehemalige Kreisrätin. Hellfried Unglaub, beratender Einwohner im Sozialausschuss des Kreistages und ehemaliger Gf der AWO, nimmt an der Versammlung teil.

Alle Betroffenen und alle sozial engagierten Bürger sind herzlich eingeladen.

## INTERESSANT ?!

*"In 75 von 77 ostdeutschen Kreisen und kreisfreien Städten lag die Betreuungsquote bei den 1-jährigen Kindern bei mindestens 50 %, nur drei westdeutsche Städte haben eine solche hohe Quote."  
(Stichtag 1. März 2014)*

Statistisches Bundesamt

## VOGTLÄNDISCHEN SENIORENVERBÄNDE DISKUTIEREN MIT SABINE ZIMMERMANN (MDB) ZWICKAU, DIE LINKE

**am 09. März 2015 in der Zeit von 15:00 - 17:00 Uhr in der Jugendherberge "Alte Feuerwache" Plauen**

Zu folgenden Themen:

- Ihre Arbeit, Ihre Aufgaben im BT
- was sind realistische Schwerpunkte der Sozialarbeit in unserem Land
- was können und sollten Senioren noch tun
- welche Haltung bezieht DIE LINKE zu aktuellen politischen Ereignissen oder Aussagen (siehe "UNRECHTSSTAAT" DDR)?!

## WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die im März ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

H. Richter	Reichenbach	02.03.
Beate Gerth	Reichenbach	02.03.
J. Seidel	Plauen	03.03.
W. Grieser	Oberlauterb.	12.03.
J. Gröner	Eich	12.03.
F. Scheller	Heinsdorferg.	15.03.
S. Pözl-Magirus	Mylau	15.03.
I. Schröter	Plauen	16.03.
A. Petzold	Lengenfeld	16.03.
Ruth Stephan	Plauen	20.03.
Sonja Müller	Rodewisch	20.03.
Peter Kallaucke	Treuen	20.03.
Sigrun Weigel	Zwota	21.03.
Gertrud Wild	Lengenfeld	24.03.
Dora Löscher	Limbach	27.03.
Regina Pöhland	Klingenthal	30.03.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

## Der Vogtlandbote

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.02.2015, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 18.03.2015. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.